Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet Goldmark 0.30, für auswärts Goldmark 0.35, für das Ausland Goldmark 0.50. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet Goldmark 1.50, für auswärts Goldmark 2.00. — Die Briefgebühr für Buchstabensatz beträgt Goldmark 0.10. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 G.-Mark. Postbezug für Monat März 2.25 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich 6 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 27980, 27981, 27982 und 27983. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 56 — Donnerstag, 6. März 1924 — XXXII. Jahrg.

Die letzten Stunden des alten Reichstages

Der Wahltermin immer noch nicht festgelegt — Eine Pistolenforderung im Reichstag — Der Kalif zur Abreise von Konstantinopel gezwungen

Das Fiasko des Poincarismus

× London, 5. März

In Beantwortung einer Anfrage Ormsby Gores, der um eine Veranschlagung des Wertes der Leistungen in bar und der Sachlieferungen durch Deutschland an Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien für Rechnung von Reparationen und Kosten der militärischen Besetzung seit dem Zeitpunkte des Eindringens Frankreichs in das Ruhrgebiet ersucht hatte, erklärte Schatzkanzler Snowden:

1. Keinerlei Barzahlungen wurden durch die deutsche Regierung für Reparationsrechnung während des Jahres 1923 geleistet außer der Zahlung sechsmaliger Schatzscheine an die belgische Regierung für die letzten fünfmonatigen Zahlungen des Jahres 1922, die erst während des Jahres 1923 fällig waren.

2. Sachlieferungen erfolgten für Großbritannien im Werte von 185 Millionen, für Frankreich im Werte von 14 Millionen, für Belgien im Werte von 8 Millionen und für Italien im Werte von 123 Millionen Goldmark.

3. Außerdem gab die deutsche Regierung Papiermark an die verschiedenen Besatzungsheere auf Anforderung in folgender Höhe aus: für Großbritannien 31 Millionen, Frankreich 8 Millionen, Belgien 200 000 Goldmark. Die Ausgabe von Papiermark, die durch die deutsche Regierung an die französischen und belgischen Heere auf Anforderung erfolgte, wurde von Beginn der Ruhrbesetzung an bis Dezember 1923 eingestellt.

4. Keinerlei Summen sind an die Reparationskommission geleistet oder der britischen Regierung durch die französische und belgische Regierung mitgeteilt worden aus den Beträgen der eingezogenen und beschlagnahmten Gelder im Rheinland und Ruhrgebiet.

•

Diese nüchterne Bilanz zeigt das völlige Fiasko der Politik Poincarés, die mit ihrer Ruhraktion „Deutschland zum Zahlen bringen" wollte.

•

Neuer Rekordsturz des Franken

☞ Paris, 5. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Frankensturz hatte gestern den Rekordtiefstand von 106,5 Franken für das englische Pfund erreicht.

•

Frankreichs Schulden an England

⊙ London, 5. März. (Eig. Drahtbericht.) In Beantwortung einer Anfrage erklärte der Schatzkanzler im Unterhause, daß die gesamte Schuldenverpflichtung Frankreichs gegen England sich auf 622 896 458 Pfund Sterling beläuft. 614 482 000 Pfund Sterling sind in englischer Währung zu entrichten, der Rest in amerikanischen Dollars.

Auflösung des Reichstages voraussichtlich Sonnabend

Dr. Cremer auf Pistolen bis zur Kampfunfähigkeit gefordert

B. Berlin, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichstag tritt heute nachmittag um 3 Uhr nach dreitägiger Vertagung abermals zusammen, um die Debatte über das Ermächtigungsgesetz fortzusetzen, die ihm das Ende bereiten soll. Man scheint bemüht zu sein, dieser Debatte noch in letzter Stunde ein gewisses Niveau zu geben. Im Rahmen der „zweiten Garnitur" wird heute neben Herrn Breitscheid Dr. Helfferich sprechen. Auch von der Ministerbank soll in die Erörterungen eingegriffen werden. Man rechnet auch auf eine Rede des Verkehrsministers Oeser. Auch Dr. Stresemann soll heute oder morgen nochmals zu sprechen wünschen. Trotzdem wird man sich, wie gesagt, darüber nicht täuschen dürfen, daß die Tage der 1920 Gewählten gezählt sind. Wie es heißt, will der Kanzler heute nach der Plenarsitzung mit den Führern der bürgerlichen Mittelparteien sich nochmals besprechen. In dieser Konferenz werden dann wohl die Einzelheiten für die Auflösung festgelegt werden, von der wir anzunehmen Grund haben, daß sie etwa am Sonnabend erfolgen wird. Noch wie vor glauben wir, daß die neuen Wahlen am 6. April vorsich gehen werden.

•

Politischer Fasching

B. Berlin, 5. März. (Eig. Drahtbericht)

Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Cremer ist, weil er ihnen in offener Reichstagssitzung „Hochverräter" zurief, von den drei deutschvölkischen Abgeordneten Henning, Wulle und Graefe in corpore auf Pistolen bis zur Kampfunfähigkeit gefordert worden. Die Forderung ist dem armen Cremer, wie der „Vorwärts" mitteilt, in der Wandelhalle des Reichstages durch einen völkischen Oberstleutnant a. D. überbracht worden, was, wenn uns unsre Kommentarinnerungen nicht täuschen, einigermaßen ungewöhnlich ist. Herr Cremer war, wenn er schon kommentmäßig hergehen sollte, von dem Kartellträger in seiner Wohnung aufzusuchen.

Im „Lokalanzeiger" wird von einem der beteiligten deutschvölkischen Abgeordneten folgende Darstellung der märrischen Affaire gegeben: Als Dr. Cremer den beleidigenden Ausruf „Hochverräter!" getan hatte, ging Wulle auf ihn zu und fragte ihn, was er gerufen habe. Hierauf antwortete der Gefragte: „Hochverräter seid ihr!" Auf diese schimpflichste Beleidigung blieb uns drei völkischen Abgeordneten nur übrig (?), den Beleidiger vor die Waffe zu fordern, zumal Dr. Cremer ja früher Hauptmann der Reserve war. Er lehnte jedoch die Annahme der Forderung ab und erklärte dem Kartellträger, darüber sei er hinaus. Uebrigens könne er im Reichstag sagen, was ihm beliebe, denn da genieße er Immunität. Er werde jedoch die Beleidigung außerhalb des Reichstages wiederholen, damit er verklagt werden könne.

Dr. Cremer hat für den Beginn der heutigen Reichstagssitzung eine Erklärung angekündigt. Außerdem will sich bei der Gelegenheit der volksparteiliche Abgeordnete General a. D. v. Schoch mit den völkischen Herren auseinandersetzen.

Wieder eine neue Partei

vdz. Berlin, 5. März. Unter dem Namen Darpa, was eine Abkürzung von Deutsche Arbeitnehmerpartei sein soll, wurde gestern in Berlin eine neue Partei gegründet. Die Begründungsansprachen hielten die Herren Solich und Schindler. Letzterer war früher Kommunist. Die neue Partei tritt für eine Verfassung ein, wonach die Abgeordneten durch ihre Wähler abberufen werden können. Die Partei hält am Achtstundentag fest. Außenpolitisch bekennt sie sich zur Erfüllung des Friedensvertrags im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit. Jeder Versuch, die Lasten auf die Arbeitnehmer abzuwälzen, soll auf das entschiedenste zurückgewiesen werden.

Um die Aufhebung des Kalifats

Stürmische Sitzung der Nationalversammlung — Der Kalif in der Verbannung

☽ Konstantinopel, 5. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Sitzung, in der die Nationalversammlung die Verbannung des Kalifen beschlossen hat, nahm einen sehr stürmischen Verlauf. Mehrere Abgeordnete protestierten heftig gegen diese Verbannung und betonten, daß sich die Türkei durch diese Maßnahme einen großen moralischen Schaden in den Augen des Auslandes zufüge. Mustapha Kemal Pascha, der Präsident der Republik, schlug dann vor, daß die ottomanischen Prinzessinnen, die mit türkischen Bürgern verheiratet seien, von der Verbannung ausgenommen werden. Dieser Vorschlag wurde aber abgelehnt.

Der Gouverneur von Konstantinopel begab sich gestern zum Kalifen, um ihn vom Beschluß der Nationalversammlung in Kenntnis zu setzen. Adana Bei, der von dem Polizeipräsidenten begleitet war, ersuchte den Kalifen, sich auf den Thron zu setzen, um den Wortlaut des neuen Gesetzes anzuhören. Daraufwurde der Kalif gezwungen, sofort vom Thron herabzusteigen und in aller Eile seine Reisevorbereitungen zu treffen. Um 2 Uhr morgens wurden der Kalif, seine beiden Frauen und sein Sohn in ein Auto gesetzt, das sie nach Tschataldja brachte, wo ein Sonderzug auf sie wartete. Der Kalif ist, wie schon gemeldet, nach der Schweiz abgereist. Man nimmt an, daß er am Mittwoch abend mit dem Orientexpreß in Lausanne eintreffen wird. Es steht noch nicht fest, ob er sich in Genf oder Lausanne niederzulassen gedenkt.

Endgültig an Frankreich gefesselt

☞ Paris, 5. März. (Eig. Drahtbericht.) Am Quai d'Orsay wurden gestern die Ratifikationsurkunden des französisch-tschechischen Vertrages ausgetauscht.

Landwirtschaft und sächsische Grundsteuer

Von sehr beachtenswerter Seite werden uns die nachstehenden Ausführungen, die einen wertvollen Beitrag zur augenblicklichen Krise in der Landwirtschaft darstellen, zur Verfügung gestellt.

Die Redaktion.

Der Landwirt, als Begriff, steht bei den Städtern aus der Zeit der Nahrungsmittelknappheit her nicht in bestem Ansehen. Man erinnert sich mit Mißbehagen des gönnerhaften Schmunzelns, mit dem der Bauer uns um stündlich kletternde Preise hintenherum ein Stück Speck abließ, nachdem man erst ein eingehendes Interesse für sein und der Seinen Wohlergehen geheuchelt hatte. Wir haben ein bitteres Gefühl zurückbehalten aus jener Zeit, in der die Wangen des städtischen Kindes täglich bleicher und schmaler wurden, während doch nicht verhindert werden konnte, daß das Landkind voll und satt wurde, bevor ein Liter Milch oder ein Stück Butter den Weg zur Stadt fand. — Mit Recht haben wir uns geärgert über jene Bauern, die, nicht erkennend, daß der Geldregen, der sich über sie ergoß, nur Talmigeld, verflüssigtes Betriebskapital war, die Läden durchzogen und die knapp werdenden Textilwaren hamsterten. Doch darf uns das im eigensten Interesse nicht hindern, jetzt mitzuhelfen, damit dem Landwirt, dessen Produktion wir doch so bitter nötig haben, die Fähigkeit zu produzieren, mehr und immer mehr auf deutschem Boden zu erzeugen, nicht genommen wird. — Und da ist Gefahr im Verzuge! Gar schnell hat sich in unsrer wechselreichen Zeit die Lage der Landwirtschaft geändert.

Wie alle Erwerbszweige unsrer Volkswirtschaft unter der Fülle der Steuern seufzen, so erst recht der Landwirt, der, meist ohne Geldreserven — das Geld ist ja besonders im letzten Jahre zerflossen wie der Schnee in der Frühjahrssonne —, gezwungen ist, das Betriebskapital, das Kapital, mit dem er erst die Grundlage zur Produktion legt, anzugreifen und es in erschreckendem Maße zu verringern, nur um dem Drängen des Steuerfiskus zu genügen. — Unter den vielen Steuergesetzen, die eine in sozialistischen Anschauungen befangene, von volkswirtschaftlicher Sachkenntnis wenig erfüllte Volksvertretung in den letzten Jahren erlassen hat, ist das sächsische Grundsteuergesetz vom 7. Oktober 1921 und besonders die Art seiner Durchführung eins der am schädlichsten wirkenden.

Trotz aller Warnungen wurde in einer Zeit täglich wechselnden Geldwertes, also in einer Zeit, wo das Geld als Wertmesser seine Geltung verloren hatte, eine Schätzung des Grundstückwertes vorgenommen, die ziffernmäßig phantastische Zahlen brachte. Auf diese Zahlen hin soll nun eine in Goldmark ausgedrückte Steuer erhoben werden, die allein genügt, um teilweise bis zur Hälfte des Friedensertragswertes der landwirtschaftlich genutzten Grundstücke wegzusteuern. Dabei ist als sicher anzunehmen, daß kein Landwirt diesen Friedensertrag mit den bisherigen Wirtschaftsweisen erzielen kann. Für eine schnelle Umstellung aber fehlt es dem Durchschnitt der Landwirte sowohl an Kenntnissen als auch an Kapital, denn jede Umstellung verlangt zunächst Neuinvestierung, und letzten Endes erfordert eine Umstellung aus der Natur des landwirtschaftlichen Betriebes heraus, im Gegensatz zur Industrie und zum Handel, jahrelange Zeit, um sich in höheren Einnahmen wirksam zu zeigen.

Die Steuern aber sollen und müssen sofort zum Fließen gebracht werden. Auf die Landwirtschaft sind nun diese Steuern nur so heruntergehagelt. Neben einer im Verhältnis zum Friedensertragswert schon recht fühlbaren neuen Sondersteuer, der Zugviehsteuer, neben der — früher unbekannten — empfindlichen Umsatzsteuer, neben den, in Gold ausgedrückt, erhöhten Abgaben für Schlachtsteuer, Seuchenversicherung usw. sind es die Gewerbe- und die Grundsteuer, welche die sächsischen landwirtschaftlichen Betriebe in ihrer Grundlage schwer bedrohen. Zeigen doch die Veranlagungen kleinerer Landwirte zu beiden Steuern, daß diese zusammen allein genügen, den möglichen Ertrag restlos wegzusteuern. — Wie sinnlos die Voraussbelastung der Land- und Forstwirtschaft, also Reichseinkommen- und Vermögenssteuern und die andern Landessteuern und Abgaben völlig beiseite lassend, auf größeren Betrieb wirkt — und von dessen Mehrproduktion ist die städtische Bevölkerung in ihren Ernährungsgrundlagen, Brot und Kartoffeln, besonders abhängig —, möge folgendes Beispiel zeigen:

Ein Betrieb von zirka 1000 Hektar Umfang, halb Wald, halb Landwirtschaft, in ärmerer Gebirgslage zwischen 400 bis 500 Meter Höhe, dessen nachhaltige Waldnutzung durch die Forsteinrichtung für das nächste Jahrzehnt mit rund 1100 Festmeter Holzeinschlag je Jahr festgesetzt ist, wurde mit rund 18 500 Goldmark Grundsteuer veranlagt!!! Das bedeutet, daß der Bruttoertrag des Waldes, ohne die Verwaltungskosten und die Kosten für Wiederanpflanzung und Waldpflege, kaum reichen wird, um allein diese Steuer zu zahlen. Der Ertrag der Landwirtschaft dort, den klimatischen Verhältnissen entsprechend naturgemäß nicht hoch, wird nicht reichen, die andern Betriebssteuerlasten zu decken. Für den Unterhalt des wirtschaftenden Besitzers, für Kapitalzinsen, für Betriebsrücklagen fehlt jede Deckung.

Wirkt nun diese Steuer schon erdrosselnd für den Betrieb und auf die Produktion selbst — wo bleibt der Bruttoüberschuß, aus dem Ergänzungen, Erneuerungen, Düngemittel beschafft werden sollen? —, so schädigt diese Steuer durch die Bestimmung, daß Wohnräume des Besitzers, sogenannte Schlösser, die nach Größe und Ausstattung von der ortsüblichen Bauweise abweichen, besonders zur Grundsteuer zu veranlagen sind, nicht nur die Besitzer solcher Grundstücke besonders hart, sondern auch das Kulturniveau des Volkes. Solche Schlösser, größtenteils für die Bedürfnisse vergangener Zeiten errichtet, bilden heute für die Bewohner eine Last, die sie aus kulturellen und ethischen Gründen ertragen, auch zwangsweise ertragen, denn wohnen muß ja schließlich der Wirtschafter auf seinem Gute. Diese Schlösser sind meist eine Stätte der Kunstpflege, die wir erst recht in armen Zeiten nicht missen dürften, denn die Spitzenleistung der Kunst bestimmt das Gesamtniveau der Leistung eines Volkes und ist so von höchster wirtschaftlicher Bedeutung. Wie diese Steuer hier wirkt, mögen folgende Zahlen erläutern:

Es liegt vor uns die Einschätzung eines Rittergutes, dessen land- und forstwirtschaftliche Grundstücke mit einem Werte von 6,889 Millionen Mark zur Grundsteuer geschätzt sind, das Wohnhaus des Besitzers, das Schloß, ein viele Jahrhunderte alter, mächtiger Bau, mit 5,860 gesondert. Diese Schlösser sind ihrer Lage halber lediglich als Wohnungen für die Besitzerfamilien verwendbar, vermietbar sind sie in den seltensten Fällen. Sicher ist aber durch keine Vermietung ein Ertrag zu erzielen, der die Grundsteuer nur halb deckt, beträgt sie doch im vorliegenden Falle allein für das Schloß 5283 Goldmark.

Die Ertragsmöglichkeit darf schließlich keine Steuer aus dem Auge lassen. Gewiß kann theoretisch durch eine Besteuerung erreicht werden, daß aller Grundbesitz derelinquiert wird, daß die Sozialisierung des Grundbesitzes auf diesem kalten Wege durchgeführt wird — der Staat, und das sind wir doch letzten Endes selbst, kann aber nicht erhoffen, daß er dann imstande ist, die Ueberschüsse aus solchem Grundbesitze selbst zu erwirtschaften, die ihm eine Steuer bringen würde, die in vernünftigen Grenzen gehalten bleibt.

Leben müssen wir den Landwirt lassen; denn seine Arbeit ist uns selbst bitter nötig, nötiger als früher, denn eine vermehrte landwirtschaftliche Innenproduktion spart uns die Abgabe von Devisen für die Einfuhr von Nahrungsmitteln. — Er kann aber nur leben und schaffen, wenn wir die Besteuerung so ausgestalten, daß er genügend Betriebsmittel behält, um seine Produktion nicht nur auf der bisherigen Höhe zu erhalten, sondern weit intensiver zu gestalten.

N. z. K.

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag

Drei Artikel vom Senat gestrichen

× London, 4. März. Wie Reuter aus Washington meldet, sind drei Artikel des noch nicht ratifizierten Handelsvertrages mit Deutschland, die für die Schiffe der Vertragsstaaten Behandlung auf dem Fuße der Gegenseitigkeit vorsehen, nach einer heute von der Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten getroffenen Entscheidung gestrichen worden.

•

Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen für Amerika

× London, 4. März. Aus New-York wird gemeldet: Die Einwanderungsbehörde hat den Schiffahrtsgesellschaften mitgeteilt, daß vom 15. März an sämtliche Einwanderer, die in der 2. Klasse reisen und bisher auf den Reeden auf der Einwanderungsstation Ellis-Island bleiben durften, ebenfalls an Land gehen müssen wie die Passagiere 3. Klasse. Die Schiffahrtsgesellschaften haben einen Protest dagegen angekündigt.

Revolution in Honduras

☾ New-York, 5. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach offiziellen Mitteilungen des Washingtoner Staatsdepartements haben die revolutionären Streitkräfte in Honduras die Hauptstadt Tegucigalpa nach einem siegreichen Gefecht gegen den Präsidentengutdiener besetzt. Die Familie des Präsidenten floh. Die Regierungstruppen verließen auch die Hafenstadt Celda, die darauf von den Aufständischen besetzt wurde.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19240306/1